

DER BUNDESPRÄSIDENT
DER
SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT

Bern, den 15. Februar 1927.

Vertraulich.

Beziehungen zu Russland.

Herr Minister,

Ich bekenne mich dankend zum Empfang Ihres werten Schreibens vom 13.d.M. und bestätige ich Ihnen das chiffrierte Telegramm, das an Sie, in meinem Auftrage, durch die Abteilung für Auswärtiges gesandt worden ist.

Ich erhielt Ihren Brief gestern während einer Sitzung des Bundesrates und so konnte ich die Frage, um die es sich handelt, meinen Kollegen zum Entscheide sofort unterbreiten.

Der Bundesrat hat die Frage, ob nun Verhandlungen mit der Sovietregierung eingeleitet werden sollen, noch nicht endgültig entschieden. Er ist aber der Meinung, dass, wenn Verhandlungen eingeleitet werden sollen, dieselben direkt und zwar in Berlin durch unsern Gesandten, also durch Sie selbst, geführt werden sollen. Ferner ist der Bundesrat der Meinung, dass Sie, Herr Minister, in der nächsten Zeit nach Bern, zwecks Entgegennahme von Instruktionen, kommen sollten.

Ich bitte Sie, die Zeit nach Ihrer Konvenienz zu wählen. Ich bin von Bern abwesend in den Tagen vom 24. bis 28. Februar, ferner den 4. März. An allen andern Tagen stehe ich Ihnen zur Verfügung.

Herrn Dr. H. R ü f e n a c h t,
Schweizerischer Gesandter,

B E R L I N.



Sobald ich weiss, wann Sie nach Bern kommen können, werde ich auch die Delegation für Auswärtiges für die nötigen Besprechungen einberufen.

Da die Sache im Grunde keine sehr grosse Eile hat, wollte der Bundesrat nicht, dass Herr Scheffer sich in Berlin zu unserer Verfügung halte.

Beiliegend sende ich Ihnen zwei Zeitungsausschnitte, die auf Herrn Dr. Bagotzky Bezug haben. Der Autor der beiden Einsendungen an die Basler Nachrichten ist wahrscheinlich Herr Dr. Langhardt, der aber ganz selbständig, ohne jede Inspiration seitens von Bundesstellen, geschrieben hat. Sie werden, ohne weiteres, sehen, dass die von Moskau gemeldeten Befürchtungen grundlos sind.

Leider hat das letzte Schreiben Litwinofs an den Völkerbund unsere Aufgabe erschwert.

Immerhin neige ich der Auffassung zu, dass der Bundesrat sich für die Einleitung von Verhandlungen entschliessen wird. Selbstverständlich wird die Frage der Anerkennung de jure nicht in Diskussion gezogen werden dürfen. Unser Standpunkt bleibt immer der gleiche.

Ich gewärtige Mitteilungen über Ihre Ankunft und grüsse Sie mit ausgezeichnete Hochachtung.

2 Beilagen.

